

UNTERNEHMEN

HOESCH-HOOGOVENS

Antrag ohne Absicht

Willy Ochel, 63, besitzt die Baugenehmigung für Europas größten Stahlkonzern. Aber er denkt vorerst nicht daran, sie zu nutzen.

Zu Beginn dieses Jahres hatte Ochel, Generaldirektor des Dortmunder Stahlkonzerns Hoesch AG, seinem Unternehmen die Konkurrenzfirma Dortmund-Hörder Hüttenunion eingegliedert; Hüttenunion niederländischer Großaktionär, die Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken NV in Ijmuiden, übernahm 15 Prozent der Aktien der neuen Hoesch AG.

Der Dortmunder Verbund (76 000 Beschäftigte, Jahresproduktion 5,7 Millionen Tonnen Stahl) und Hoogovens (15 000 Beschäftigte, Jahresproduktion 2,8 Millionen Tonnen Stahl) verabredeten damals, sich zu gemeinsamen Vorstandssitzungen zu treffen. Dabei sollten deutsche und niederländische Investitionen aufeinander abgestimmt und Produktion, Verkauf und Forschung gesteuert werden (SPIEGEL 5/1966).

Werkmeistersohn Ochel — einst in Mitteldeutschland Hauptdirektor für den Lok- und Waggonbau und kurz vor seiner Ernennung zum stellvertretenden Zonen-Handelsminister in die Bundesrepublik geflüchtet — hatte die Kooperation als Ingenieur geplant. Ochel: „Als wir an unsere Pläne gingen, ahnte keiner die juristischen Schwierigkeiten.“

Die Schwierigkeiten lagen im Vertrag über die Montan-Union, der eine Zusammenarbeit zwischen rechtlich selbständigen Unternehmen als Kartellabsprache wertet und verbietet. Laut Artikel 65 des 1952 in Kraft gesetzten Vertrages sind „alle Vereinbarungen... die darauf abzielen würden... den normalen Wettbewerb zu verhindern“, untersagt.

Verboden sind nicht etwa nur Preisabsprachen, sondern auch „Investitionskontrollen“, wie beispielsweise die Absicht von Hoesch und Hoogovens, die jeweils freien Kapazitäten des Partners zu nutzen, Aufträge auf bereits vorhandene Anlagen zu konzentrieren und dadurch allein bis 1970 eine halbe Milliarde Mark Investitionen zu sparen.

Ochel und sein Hoogovens-Kollege Pieter Bentz van den Berg, 65, ergriffen die Flucht nach vorn. Sie beantragten in Luxemburg gleich den Zusammenschluß ihrer Unternehmen. An der Ruhr kursiert bereits ein Name für den neuen Trust mit 92 000 Beschäftigten und jährlich neun Millionen Tonnen Stahl: Königliche Hoesch-Union. Binnen drei Monaten erteilte die Montan-Union ihnen die Fusions-Erlaubnis.

Nach Artikel 66 des Montan-Vertrages dürfen Unternehmen fusionieren, wenn der Zusammenschluß ihnen „nicht die Möglichkeit gibt... die Preise zu bestimmen, die Produktion... zu kontrollieren... oder einen wirklichen Wettbewerb zu verhindern“.

Gestützt auf das Fusions-Permit aus Luxemburg planen Hoesch und Hoogovens seit einigen Wochen Investition und Produktion gemeinsam. An die Möglichkeit, daß Unternehmen Fusionsanträge stellen, von der Genehmigung aber keinen Gebrauch machen, hatte der Montan-Gesetzgeber nicht gedacht.



Hoesch-Generaldirektor Ochel
Was heißt Wettbewerb?

POLIZEI

MANAGER-GEHÄLTER

Anruf ohne Grund

Bei Kriminalhauptmeister Christian Bröhl vom 14. (politischen) Kommissariat in Köln hatte es geklingelt. „Mehrere Firmen“ berichteten am Telefon, eine „Arbeitsgemeinschaft für Gehaltsforschung“ verlange von ihnen „Unterlagen über Verdienste usw.“

Die Anrufe erfüllten ihren Zweck, insbesondere die Abkürzung machte den Polit-Detektiv mißtrauisch. Bröhl: „Was ‚usw.‘ bedeutete, mußte irgendwie geklärt werden.“ Er vermutete den Tatbestand der Ausspähung von Staatsgeheimnissen in der Industrie und begann zu ermitteln.

Die Arbeitsgemeinschaft hatte freilich nicht versucht, in Rüstungsinternia einzudringen. Ihre Gehaltsforschung beschränkte sich darauf, 710 deutsche Manager, die im Büro des Frankfurter Personalberaters Dr. Maximilian Schu-



Soziologie-Professor Scheuch
Was bedeutet usw.?

bart vorstellig wurden, nach ihren Einkünften zu befragen. Schubart und sein Mitautor, der Kölner Soziologie Professor Erwin K. Scheuch, hatten Gehälter und Tantiemen zusammengestellt und waren zu dem Schluß gekommen, daß in der Industrie nicht annähernd soviel verdient werde, wie die Öffentlichkeit gemeinhin annehme (SPIEGEL 31/1966).

Bröhl kannte die Untersuchung nicht, und ein weiteres Telefongespräch nährte seinen Verdacht. Kölns Einwohnermeldeamt teilte ihm mit, der Sitz der Arbeitsgemeinschaft in Köln-Braunsfeld, Paulistraße 26, sei unbesetzt. „Weil der Osten immer neue Institutionen ins Leben ruft“, zog der Beamte den Kleppermantel an und fuhr zur Paulistraße.

Unter dem Haus Nummer 26 hatte er sich eine Bruchbude vorgestellt, von der aus Ulbrichts Agenten in den Untergrund schlüpfen. Statt dessen kam er zu einer Villa, wo ihn Sekretärin Else Lindner höflich nach seinem Begehrt fragte. Bröhl entschuldigend: Da sei doch eine Untersuchung über Gehälter im Gange, und er müsse vorsichtig sein, „weil man nie weiß, was der Osten macht“.

Die vier Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die der Hauptmeister einvernehmen wollte, waren nicht zugegen. Autor Schubart badete an der Costa Brava, Vertriebsfachmann Werner Friedlein auf Juist und Friedlein-Kollege Adolf Theobald in Kölns Stadtbad.

Einzig Mitautor Scheuch arbeitete. Auf's neue freilich ging Kriminalist Bröhl nicht den direkten Weg — in Scheuchs Institut für vergleichende Sozialforschung an der Kölner Universität —, sondern zu Scheuchs Vorgesetzten. Der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Professor Edmund Sundhoff, erfuhr, daß die politische Polizei „im präventiven Raum“ tätig geworden sei.

Von anderer Seite war bereits der Rektor Professor Günter Schmölbers angegangen worden. Bei ihm hatte sich Professor Ernst Schneider, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages schriftlich gegen Scheuchs Analysen verwahrt. Westdeutschlands Manager, die auch den Anstoß zu den kriminalpolizeilichen Ermittlungen gegeben hatten, zählten Gehälter und Tantiemen zu ihrer Intimsphäre.

Der Rektor war dem Vorwurf unverzüglich nachgegangen. Aber obwohl ein universitätseigenes Schnellgutachten Scheuch von dem Verdacht eines Dienstvergehens gereinigt hatte, löste die Kriminalpolizei durch ihre Forschungsarbeit an der hohen Schule erneut Gerüchte aus. Kern: Scheuch, Schubart, Friedlein und Theobald hätten möglicherweise bei Rüstungsfirmen Gehälter ausgeforscht, an denen der Osten interessiert sei.

Kriminalhauptmeister Bröhl mußte sich schließlich überzeugen lassen, daß die Arbeitsgemeinschaft keine Industriespionage für die Kommunisten betrieben, sondern ein Buch geschrieben hat, das zum Preis von 1800 Mark frei erhältlich ist.

Kombinierte der Spionen-Jäger: „Dann ist die Arbeitsgemeinschaft keine staatsfeindliche Organisation, sondern eine legale bundesrepublikanische Angelegenheit.“ Sprach's und versicherte, für das 14. Kommissariat sei die Sache erledigt.